

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

57 (8.3.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 6 Mk., Postbezug monatlich 6 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer und Belegblatt 30 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6. Fernsprecher 204.



Die einseitige Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Reklamezeile 2 Mk. 50 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Plagiatvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Beziffer keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 57.

Mittwoch, den 8. März 1922

93. Jahrgang.

## Tagespiegel.

Die Nachrichten von einer Reise des Reichskanzlers nach München werden offiziell noch nicht bestätigt.

Zwischen der Reichsregierung und den Organisationen der Beamten und Angestellten finden neue Verhandlungen betr. Gehaltsverhöhung statt.

Vom polnischen Parlament wurde das Tabakmonopol in zweiter Lesung angenommen.

Der dänische Kronprinz hat sich mit der Prinzessin Olga von Griechenland verlobt.

Die große türkische Nationalversammlung in Angora hat Mustafa-Kemal Pascha zum Präsidenten und Neuf Bey zum Vizepräsidenten wiedergewählt.

## Die Programmrede Rathenaus.

Beratung des Haushalts des Außenministeriums im Hauptauschuss.

Berlin, 8. März. Im Hauptauschuss des Reichstages, der gestern die Beratung des Haushalts des Außenministeriums des Reiches begonnen hat, war auch Dr. Rathenau erschienen. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung das Wort zu einer längeren Rede über sein Programm. Zunächst legte er das ganze Reparationsproblem dar und erklärte, daß das gegenwärtige rasche Sinken des Marktkurses auf die Fortsetzung der Entente, das heißt auf die alle 10 Tage fälligen 31 Millionen Goldmark zurückzuführen sei.

Berlin, 8. März. Im Hauptauschuss des Reichstages sprach heute Reichsminister des Äußeren Dr. Rathenau über das Reparationsproblem. Der Minister führte aus, auch das Reich habe die Auffassung vertreten, daß durch die Unterschrift seiner maßgebenden Stellen die Verpflichtung für die Reparationen geschaffen sei. Diese Auffassung ging davon aus, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ehemaligen Gegnern zu zeigen, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Der Minister klärte dann eine irrtümliche Auffassung seiner Rede auf, die er im Reichstag über das Reparationsproblem gehalten hat. Bei dieser Gelegenheit hatte er erklärt, daß das Maß der Erfüllung gegeben sei durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dieses „Dirke“ habe er unterstrichen und unterstreiche es nochmals, denn darin wäre die fittliche Verpflichtung mit enthalten, nur bis zu dem Punkt zu gehen den der Staatsmann verantworten könne. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Fragestellung: Möglichkeit oder Unmöglichkeit nicht von anschlagngebender Bedeutung sei, vielmehr habe sich ergeben, daß die andere Frage bedeutend schärfer hervortrete, wie weit eine Reparationsleistung deutscherseits für die anderen Völker überhaupt erträglich sei. Die Sprache der Tatsachen sei so stark gewesen, daß heute in fast allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert werden müsse.

Die praktische Politik der Regierung führte in ihrer ersten Etappe nach Wiesbaden. Der Begriff der Sachleistung trat in den Vordergrund. Rathenau betonte, daß notwendigerweise die zerstörten Gebiete Frankreichs wieder hergestellt werden müßten. In Wiesbaden wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen, das auch auf andere Staaten Anwendung finden könne. Dann wies Rathenau Widersprüche in der Agitation gegen Wiesbaden nach, Widersprüche, die sich dann auch bei der innerpolitischen Kontroverse bezüglich der Konferenz von Genua wiederholt hätten. Das Ergebnis von Cannes sei kein negatives gewesen. Cannes habe es möglich gemacht, den Vertretern der früher uns gegnerischen Nationen die gesamte deutsche Situation darzulegen. Ferner sei es in Cannes dazu gekommen, daß eine Konferenz aller Nationen für Genua in Aussicht genommen wurde. Weiter zeigte Rathenau aneinander, daß der Reflex den Cannes gezeigt habe, nicht ohne Widerspruch in der deutschen Öffentlichkeit geblieben sei. Der Minister erklärte, daß er dies niemals erwartet habe. Er könne einer aus 40 nicht durchweg am Friedensvertrag beteiligten Nationen bestehender Konferenz, wie es die Konferenz von Genua darstelle, das Reparationsproblem und Versailles Vertrag zur Beschlussfassung nicht unterbreiten, hoffe aber, es werde die Möglichkeit gegeben werden, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltverunsicherung erörtert werden, und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchen, die zu einer Befriedung des ganzen Kontinents führen. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied von einer Serie von Konferenzen sein die voranschreitlich dieses und das nächste Jahr stattfinden werden. Die Völker seien heute noch zu weit von der Klarheit über die Enttarnungsurachen der ganzen Welt entfernt, als daß man annehmen könnte, der Heilungsprozess könne sofort beginnen.

## Deutschland.

Berlin, 8. März. Wie der Telegraphen-Union auf eine Anfrage von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Zeitungsmeldungen, denen zufolge sich die Reichsregierung entschlossen habe, ein neues Stundungsgebot an die Entente zu richten, unzutreffend. Die Reichsregierung wird die Termine auch für die kommenden Debitenzahlungen einhalten.

Berlin, 7. März. Wie die „Zeit“ hört, steht die Ernennung des Reichsernährungsministers Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister in den nächsten Tagen bevor.

Berlin, 7. März. Es verlautet, daß der Reichskanzler dem Grafen Lerchenfeld in München in Bälde einen Besuch abstatten wird.

Berlin, 7. März. Gestern nachmittag waren die Vertreter des Reichsverbandes der Industrie, der Landwirtschaft, des Großhandels und des Handwerks im Reichsfinanzministerium, um über die Zwangsanleihe gehört zu werden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der die Herren zu sich gebeten hatte, war in letzter Stunde verhindert, die Verhandlungen zu führen. Er wurde von den Staatssekretären Schröder und Zapf vertreten. Den Vertretern der deutschen Wirtschaft wurden bestimmte Fragen vorgelegt. Sie machten die verschiedensten Bedenken geltend gegen die Art der Erhebung der Zwangsanleihe. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ein bestimmtes Ergebnis haben die Besprechungen daher nicht gezeitigt.

Beim Reichskanzler Wirth wollten gestern die Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Eisesemann und Dr. Feder-Hessen. Auch diese Beratung galt dem Steuerkompromiß und ganz besonders der Zwangsanleihe. Ueber die Beratung selbst ist so viel zu sagen, daß die Steuerkompromißpartei nach wie vor gewillt sind, auch die Zwangsanleihe zustande zu bringen. Auch in dieser Besprechung konnte natürlich kein Beschluß gefaßt werden.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Gewerkschaften am Donnerstag noch einmal vom Reichsfinanzminister gehört werden sollen. Man glaubt bestimmt, daß noch im Lauf dieser Woche die Zwangsanleihe im Ausschuss erörtert werden wird.

Berlin, 7. März. Die Kommunisten planen für den 18. März eine ganze Reihe von Demonstrationen gegen die Klassenjustiz und wollen die Freilassung der politischen Gefangenen fordern.

Berlin, 1. März. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen teilt der Telegraphen-Union mit: Wie uns mitgeteilt wird, kommt im Laufe dieser Woche im Reichstag eine Interpellation zur Verhandlung, die sich mit der Notlage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen befaßt. Die allgemeine Geldentwertung tritt auch in diesen Kreisen außerordentlich stark in Erscheinung, sodaß dringend Abhilfe not tut. Die zur Zeit gewährten Teuerungszulagen erlangen zugunlich der Rente heute nicht einmal die Höhe der Erwerbslosenunterstützung wobei dann noch in Betracht zu ziehen ist, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen erst bei anerkannter völliger Erwerbslosigkeit den höchsten Rentenansatz erreichen. Heute bezieht ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter mit einfacher Ausgleichszulage in Berlin eine Tagesrente von ungefähr 25 Mk. Die Witwe bekommt eine Rente von ungefähr 18 Mk., die Kriegserstern 9,60 Mk. Nach der neuen Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über die Erwerbslosenunterstützung bezieht dagegen ein erwerbsloses Ehepaar in Berlin 27,25 Mk., eine selbständige Erwerbslose 15 Mk. pro Tag. Vom Reiche wird erwartet, daß es sich der sozialen Verpflichtungen den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gegenüber in besserer Form erledigt, als das bis jetzt geschehen ist.

Leipzig, 7. März. Wie zuverlässig verlautet, ist das Gesuch Kappps beim Reichsgericht eingetroffen. Dem Reichsjustizminister wurde von der Angelegenheit sofort Bericht erstattet. Die Entscheidung über das Gesuch liegt beim Untersuchungsrichter.

Köln, 8. März. Die belgische Besatzungsbehörde fordert im Rheinland die Errichtung von weiteren vier großen Truppenlagern bei den Städten Mors, Hohenmerich, Buderich und Issum. Diese Lager, die bis zum 1. Oktober 1922 fertiggestellt sein sollen, erfordern einen Kostenaufwand von mindestens 110 Millionen Mark.

Frankfurt, 7. März. Nach dem „Antragsgeant“ ist der französische Volschafster in Berlin beauftragt, bei der deutschen Regierung Vorstellung wegen der Ausführungen zu erheben, die Staatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium im Reichstag über die Widerstände gemacht hat, die alle deutschen Wiederaufbauvor schläge bisher bei der französischen Regierung gefunden hätten. Der Volschafster wird den Wunsch der französischen Regierung nach einer Berichtigung dieser Behauptungen zum Ausdruck bringen. Außerdem beabsichtigt Poincaré, in einer der nächsten Sitzungen der Kammer auf die Ausführungen des Staatssekretärs Müller zu antworten. (Das alles wird die Tatsache nicht ändern, daß die Aeußerung des Staatssekretärs Müller richtig ist.)

München, 7. März. Der Haushalt des bayerischen Landtags beschäftigte sich heute mit einem zwischen dem Deutschen Reich, Bayern und Württemberg abgeschlossenen Zusatzvertrag über den Ausbau der Main-Donau-Großschiffahrtsstraße. Der Abschluß dieser Vereinbarung wurde vom Ausschuss lebhaft begrüßt

unter Hinweis darauf, daß durch diesen Staatsvertrag aller Voraussicht nach die mit Württemberg bestehenden Differenzen über die Frage des Ausbaus der oberen Donau aus der Welt geschafft werden können. Es wurde festgestellt, daß das in dem Zusatzvertrag Württemberg gezeigte Entgegenkommen keine Schädigung der bayerischen Interessen herbeigeführt habe. Nach Entgegennahme der Erklärungen der Staatsregierung nahm hierauf der Ausschuss den Zusatzvertrag ohne Erinnerung zur Kenntnis.

München, 8. März. Die „München-Ansburger Abendzeitung“ teilt zwei Sätze mit, in denen Staatskommissar Weismann und Reichskanzler Dr. Wirth sich entschuldigen, daß sie keinezeit den bayerischen Justizminister Dr. Roth der Bekanntheit mit Ehrhard und seinen Leuten der Teilnahme an dem Attentat auf Grabberger verdächtigt hätten. Die „München-Ansburger Abendzeitung“ bemerkt, daß diese Angelegenheit nicht wieder aufgerührt worden wäre, wenn nicht Weismann seine Spitzeltätigkeit in Bayern neuerdings wieder fortgesetzt hätte.

## Der Düsseldorfser Geheimprozess.

In Düsseldorf hat jochen vor dem französischen Militärgericht eine Verhandlung gegen eine Anzahl junger Deutscher stattgefunden, die mit Verurteilung der meisten Angeklagten zu längeren, entehrenden Freiheitsstrafen verurteilt hat. Ihr ganzes Verbrechen hat darin bestanden, Organisation angehört zu haben, die Sport, die Pflege von Leibesübungen, kameradschaftlicher Gesinnung und Zusammenhalt gegen etwaige kommunistische Umtriebe zum Zweck hatten. Der Besitz von Waffen zu militärischen Übungen usw., der ihnen vorgeworfen wurde, ist nicht bewiesen worden, und konnte nicht bewiesen werden, weil eben einfach keine vorhanden waren. Mit vollem Recht haben die jungen Leute darauf hingewiesen, daß es einfach Wahnsinn wäre, im besetzten Gebiet, selbst unter der unmittelbaren Aufsicht des französischen Heeres, verbotene militärische Organisationen zur Bekämpfung der Franzosen zu bilden und Übungen etc. als Vorbereitung dazu zu betreiben. Das half alles nichts. Es sollte wieder einmal der Welt der Nachweis geliefert werden, daß Deutschland zum Nachkrieg rüstet, und deshalb wurde die Verurteilung ausgesprochen. Was liegt daran, ob ein paar junge Deutsche ins Gefängnis wandern und zugrunde gehen, wenn nur die Franzosen den Vorwand finden, weiter gegen Deutschland zu hetzen? Auf derselben Höhe oder vielmehr Tiefe wie dieses Urteil stehen immer noch die Reden, die in der französischen Kammer bei Beratung der Heeresreform gehalten werden, wobei es natürlich an Verleumdungen, Verdrehungen und Entstellungen nicht fehlt. Eine der schönsten Blüten dieser Art leistete sich der Generalberichterstatter Kabrn, der mit kühler Gelassenheit erklärte, vor dem Kriege habe Deutschland Frankreich im Betrübten mit sich gerissen; heute sei es Frankreich, das Deutschland hindere, zu rüsten, um auf diesem Wege selbst zur Einschränkung seiner Rüstungen zu gelangen. Nach dieser Leistung kann man nur sagen: Er liegt wie ein Franzose. Vor dem Krieg ist Deutschland mit seinen Heeresvermehrungen stets nur dem französischen und russischen Vorgehen gefolgt, leider nicht ausgiebig genug, wie die Erfahrung gezeigt hat. Heute hindert allerdings Frankreich uns am Rüsten, gelangt aber nicht selbst zur Abrüstung, sondern hält das stärkste Heer auf den Weinen, das je ein einzelnes Land, mit Ausnahme Rußlands vor dem Kriege, gehalten hat. Sieht das nach Abrüstung aus?

## Ausland.

Berlin, 7. März. Finanzminister Robert Horne wird sich heute von London nach Paris begeben, um der Konferenz der alliierten Finanzminister beizumohnen. Die Konferenz wird darüber entscheiden, ob die Wiedergutmachungskonferenz die Befugnis erhalten soll, den von Deutschland im Jahre 1922 und 1923 zu zahlenden Betrag festzusetzen. Mit dem Entwurf, den die deutsche Regierung der Wiedergutmachungskommission zur Finanzreform übergeben hat, ist die Kommission nicht ganz einverstanden. Die belgische Regierung hat jetzt auf das deutsche Memorandum geantwortet und sich auf den französischen Standpunkt gestellt.

Basel, 7. März. Nach dem „Matin“ steht es nunmehr endgültig fest, daß die Konferenz von Genua am 10. April beginnt. Italien hat zu diesem Termin seine Zustimmung gegeben. Poincaré wird bestimmt nach Genua gehen, wird aber nicht während der ganzen Dauer der Konferenz dort anwesend sein. Da sein Fortbleiben von Paris infolge der für diese Zeit geplanten Afrika-reise Mitterands nicht lange möglich ist.

Paris, 7. März. Das Viermächteabkommen ist im amerikanischen Senat in ernste Gefahr gebracht. Präsident Harding und Senator Lodge hielten eine Besprechung ab, bei der der Präsident den Standpunkt des Führers der Republikaner durchaus billigte, daß die Beratungen des Viermächteabkommens heute durch





